





Uwe Schummer  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 73484

 (030) 227 – 76992

 uwe.schummer@bundestag.de  
Homepage: [www.uwe-schummer.de](http://www.uwe-schummer.de)

*Berlin, den 2. September 2003*

MdB Uwe Schummer, Berufsbildungsexperte der CDU/CSU-Fraktion fordert:  
**Sofortprogramm soll Ausbildungsgarantie retten**

Die aktuelle Ausbildungsplatzlücke ist ein Armutszeugnis für die Regierung Schröder. Mit über 50.000 Jugendlichen ohne Lehrstelle stehen doppelt so viele auf der Straße als im vorigen Jahr. Trotz der dramatischen Entwicklung macht der Bundeskanzler das Thema Ausbildung noch immer nicht zur Chefsache. Stattdessen schickt er seine Minister vor. Gerhard Schröder ist wie Richard Kimble „Auf der Flucht“ vor annähernd 560.000 arbeitslosen Jugendlichen. Ich fordere den Bundeskanzler auf, unverzüglich einen Ausbildungsgipfel mit Ländern, Kommunen, Sozialpartnern und Kammern einzuberufen, um jeden Bewerber mit einer Lehrstelle zu versorgen.

Eine Kooperation von Bund, Ländern, Kommunen, Arbeitsämtern und Sozialpartnern nach bayerischem Vorbild würde helfen, Schulabgänger in Betriebe zu vermitteln. Die Jugendlichen arbeiten in sechs Wochen Blockunterricht gezielt an ihren schulischen Schwächen und absolvieren dann ein sechswöchiges Praktikum in einem Unternehmen. Die Bewerber wechseln so lange zwischen Schule und Praktikum bis spätestens nach einem Jahr alle in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis vermittelt worden sind.

Hierfür müssen die Länder alle Kapazitäten an den Berufsschulen und bei den Weiterbildungsträgern nutzen. Berufliche Grundqualifikationen – ausgerichtet auf Holz- und Metalltechnik, Hauswirtschaft und Verwaltung – erlauben den Bewerbern einen reibungslosen Wechsel in eine betriebliche Ausbildung. Finanziert wird das Programm aus Mitteln des Projekts „Jump Plus“.

Die Ausbildungsplatz-Abgabe wäre ein Irrweg. Sie besteht seit vielen Jahren tariflich in der Bauwirtschaft. Trotzdem sind hier die Ausbildungsplatz-Zahlen seit 1998 von 100.000 auf 44.000 gefallen. Was Betriebe brauchen, sind Aufträge und bessere steuerliche Rahmenbedingungen.

+++

PRESSMITTEILUNG